

Anfrage Birrer Martin und Mit. über übermässige Belästigung durch Feuerwerke

eröffnet am 27. Januar 2025

Der Bundesrat hat am 16. Oktober 2024 entschieden, die Feuerwerksinitiative ohne Gegen-
vorschlag abzulehnen. In seiner Begründung ist der Bundesrat der Ansicht, dass das Abbren-
nen von Feuerwerkskörpern Tradition habe. Zudem verfügen die Kantone und die Gemein-
den bereits über die Rechtsgrundlagen, um den Verkauf und die Verwendung von Feuerwerk
bei Bedarf einzuschränken. Davon machen heute viele Städte und Gemeinden Gebrauch, in-
dem sie die Verwendung zeitlich und/oder örtlich einschränken oder eine Bewilligung vo-
raussetzen.

Der Bundesrat ist deshalb der Ansicht, dass weitere Einschränkungen bei der Abgabe und der
Verwendung von Feuerwerkskörpern nicht notwendig sind. Er empfiehlt dem Parlament da-
her, die Initiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag abzulehnen.

Silvester 2024 ist bereits wieder Geschichte. Trotzdem sind die teils übermässigen Feuerwerke
vielen Luzernerinnen und Luzernern ein Dorn im Auge und bringen mit den vielen Farben
nicht nur Freude, sondern auch viele Gefahren mit sich. Nebst den offiziellen Verkäufen von
Feuerwerken und Böllern werden immer mehr auch Knallkörper der Marke Eigenbau abge-
feuert.

Wir bitten den Regierungsrat, möglichst zeitnah folgende Punkte zu überprüfen und zu be-
antworten:

1. Ist die Sprengstoffverordnung noch aktuell, braucht es eine Anpassung oder sogar eine
Verschärfung? Braucht es aus der Sicht der Regierung eine Anpassung der Spreng-
stoffverordnung, um das gefährliche und teils übermässige Abbrennen von Feuerwerken
um die Neujahrstage und die Bundesfeier zielführend zu regulieren?
2. Wie setzt die Luzerner Polizei an Silvester und am Bundesfeiertag die Einhaltung der
Nachtruhe (22 Uhr bis 6 Uhr) durch? Ist die Sprengstoffverordnung überhaupt durchsetz-
bar oder gelten am 31. Juli beziehungsweise am 1. August und am 30. beziehungsweise
am 31. Dezember andere Verordnungen und Bestimmungen?
3. Littering – die Kosten der ganzen Abfälle gehen zu Lasten der Gemeinden. Wird das Lit-
teringgesetz angewandt und durchgesetzt?
4. Unfallverhütung – welche Massnahmen braucht es nach Ansicht des Regierungsrates, um
die latente Unfallgefahr, verbunden mit meist schweren Körperverletzungen, zu reduzie-
ren?
5. Bewilligung für den Verkauf – die Ausgabe der Erwerbsscheine fällt in die Zuständigkeit
des Kantons – die Gemeinden können Zeiten und Orte für das Verwenden von Feuerwer-
ken bestimmen: Braucht es im Kanton Luzern nicht eine einheitliche Handhabung?

Birrer Martin

Gut-Rogger Ramona, Sager Urban, Beck Ronny, Scherer Heidi, Tanner Beat, Erni Roger, Muff Sara, Forster Eva, Arnold Sarah, Koller-Felder Nadine, Hauser Michael, Marti André, Wicki-Huonder Claudia, Bucher Philipp, Gerber Fritz, Schärli Stephan, Schnider Hella, Roos Guido, Gasser Daniel, Stadelmann Fabian